

Ersteinständig
 monatlich 60 Pf.
 vierteljährlich 1.50 Mk.
 halbjährlich 3.00 Mk.
 jährlich 6.00 Mk.
 Einmalige Beiträge
 werden nach dem Ermessen
 des Verbandsrat beschlossen.

Die Neue Welt
 (Wochenzeitung)
 durch die Post nicht bezugs-
 fähig monatlich 10 Pf.
 vierteljährlich 30 Pf.

Verlag: Leipzig Nr. 1047.
 Hermann-Brosch.
 Volkshaus Halle/Saale.



Insertionsgebühren
 beträgt für die gewöhnliche
 Zeile nach dem Raum
 20 Pf. für die erste
 Zeile, für die zweite
 und dritte Zeile 10 Pf.
 für die vierte Zeile
 nach der dritten Zeile 7 1/2 Pf.

Interesse
 für die ersten Nummer
 der Zeitschrift beträgt
 10 Pf. für die zweite
 und dritte Nummer 10 Pf.
 für die vierte Nummer
 10 Pf. für die fünfte
 Nummer 10 Pf. für die
 sechste Nummer 10 Pf.
 für die siebte Nummer
 10 Pf. für die achte
 Nummer 10 Pf. für die
 neunte Nummer 10 Pf.
 für die zehnte Nummer
 10 Pf. für die elfte
 Nummer 10 Pf. für die
 zwölfte Nummer 10 Pf.

**Abgaben in die
 Postanstalt**
 unter Nr. 23.

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld,
 Baumburg-Weißfels-Beitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga
 und die Mansfelder Kreise.

Expedition: Geisstr. 21, Hof 2 Cr. Redaktion: Geisstr. 21, Hof 2 Cr.

Aus dem Reichsamt des Innern.

Neben den Debatten über den Militäretat nehmen im Reichs-
 tage die Erörterungen beim Reichsamt des Innern die meiste
 Zeit der Erörterung ein. So wichtig nun auch diese
 Debatten sind, so gewöhnen sie doch dem Leser kein Bild über
 die Vorgehensweise des Reichs, der beständig anwachsende
 und dieses Jahr bereits 69 Millionen Mark betragende Ver-
 schwendung unserer Steuerzahler zu erwecken, wenn
 wir in kurzen, abgegrenzten Skizzen das wichtigste Tatsachen-
 und Zahlenmaterial aus dem Etat veröffentlichten.

Die eigenen Einnahmen des Reichsamt des Innern be-
 tragen nur 10 Millionen Mark. Davon entfallen rund 7 Mil-
 lionen auf die Gebühren, welche an das Patentamt zu zahlen
 sind und 2,4 Millionen auf Konzeptions-, Miet- und Pacht-
 verträge aller Art, auf Beiträge, Erlöse aus Veräußerungen,
 auf Ordnungs- und Konventionstrafen u. s. w. Der Rest
 der Einnahmen verteilt sich auf eine größere Anzahl unbedeutender
 Posten. So zählt die bürokratische Regierung 8000 Mark
 für die weitere Bearbeitung der Monumenta Germaniae histo-
 rica. Dieses Werk erscheint seit 1819 und enthält eine kritische
 Sammlung der mittelalterlichen Quellenchriften zur deut-
 schen Geschichte. Bis 1896 waren dreißig Bände des für die
 Geschichtsforschung sehr wertvollen Werkes erschienen. Das
 dem Reichsamt des Innern unterstellte Staatsliche Amt ver-
 einbarrt 9900 Mark aus dem Verkauf von Veröffentlichungen;
 an Gebühren für Patentanwalts-Prüfungen und für Verkauf
 von Veröffentlichungen des Patentamts sind 128.600 Mark ein-
 genommen. Die physikalisch-technische Reichsanstalt vereinnahmt
 60.000 Mark an Gebühren und das Aufwandsamt für Privat-
 verordnungen ebenfalls an Gebühren und für die Aufsichtstätigkeit
 184.600 Mark. An Zinsen und sonstigen Einnahmen des
 Reichsamt zur Herstellung seiner Wohnungen für Arbeiter und
 Unterebene in Reichsämtern sind 240.000 Mark eingesetzt und
 für Rückzahlungen 70.000 Mark.

Die Aufzählung der Ausgaben nimmt 45 Seiten des
 Etats in Anspruch und gewährt einen Blick in die außerordent-
 liche Verschwendung der vom Reichsamt des Innern zu beauftragten
 Arbeiten.

Der Staatssekretär Graf Posadowski bezieht neben freier
 Dienstmohnung 50.000 Mark Gehalt einschließlich 14.000 Mark
 "Repräsentationskosten". Sein Unterstaatssekretär bekommt
 20.000 Mark Gehalt, drei Direktoren erhalten je 15.000 Mark,
 zwanzig vortragende Räte je 7.500 bis 11.000 Mark, vier händige
 Hilfsarbeiter je 5.400 bis 7.200 Mark. Außerdem beziehen alle
 diese Beamten ein Wohnungsgeld in Höhe bis zu 1.500 Mark.

An mittleren und unteren Beamten werden im Reichsamt
 des Innern beschäftigt ein Bureauvorsteher mit 9.000 Mark Gehalt,
 53 Sekretäre, Kassatanten und Registratoren mit je 3.000 bis
 6.000 Mark, 40 Kanzleischreiber mit 1.800 bis 3.800 Mark,
 100 Beamten, Hausinspektoren, 34 Kanzleiboten mit 1.200 bis
 1.800 Mark. An Wohnungsgeld erhalten diese Beamten zusammen

114.420 Mark. Außerdem sind noch für Unterhaltungen, außer-
 ordentliche Vergütungen, Stiftungsleistungen, Feuerungsanlagen an die
 Beamten dieses Reichsamts 222.500 Mark eingestellt.

Zahlreich sind die Ansprüche an die "Allgemeinen Fonds".
 Da wird das Germanische Museum in Nürnberg jährlich mit
 70.000 Mark unterstützt; die schon erwähnten Monumenta Germa-
 nicae historica beanspruchen 60.000 Mark, das Königlich-
 preussische Museum in Mainz erhält 20.000 Mark, die
 Königlich-preussische Akademie der Wissenschaften, die
 Naturforscher, zur Zeit in Halle, 40.000 Mark, für Be-
 teiligung der deutschen Kunst an Ausstellungen im Ausland
 20.000 Mark ausgenommen, für das Bureau zum Schutz des
 gewerblichen Eigentums in Genf 3000 Mark, für das interna-
 tionale Maß- und Gewichtsbureau in Paris 11.400 Mark, als
 Nebenbeitrag zur internationalen Erdmessung sind 6000 Mark
 eingestellt, für die ständige Kommission der Schiffahrtsgesetze
 4000 Mark, für ein Vordrucker auf Stap Spartelet (an der Straße
 von Gibraltar) 1200 Mark, für Unterhaltung der Zettelstationen
 an der deutschen Küste zur Beobachtung von Eis und Eism, 6500
 Mark, für die Zentralstation zur Erdbebenforschung in Straß-
 burg 18.000 Mark, als Nebenbeitrag für die internationale Ge-
 schichtliche zur Erdbebenforschung 3200 Mark, für den meteorolo-
 gischen Dienst 15.000 Mark, zur Förderung der Binnen-
 schiffahrt 85.000 Mark, zur Förderung der Seefischerei 400.000
 Mark, zur Unterhaltung deutscher Seemannshäuser im Aus-
 lande 13.000 Mark, für Herausgabe des deutschen Handels-
 archivs 28.000 Mark, für Herausgabe der Nachrichten für Handel
 und Industrie 40.000 Mark, zur Unterhaltung des Kaiser Wil-
 helm-Denkmal in Berlin 5400 Mark, für das Bismarck-Denk-
 mal in Berlin 1000 Mark, für Unterhaltung regelmäßiger deut-
 scher Volkdampfer-Verbindungen mit Ostasien und Australien
 5.590.000 Mark, mit Afrika 1.350.000 Mark, für Maßnahmen
 gegen die Typhuspest 10.000 Mark, für Bewässerung der
 russischen und böhmisches Grenzgegend einschließlich der
 Rinderpest 504.400 Mark, für Maßnahmen gegen die Reklama-
 tionen 1000 Mark, für Befreiung des Reichs auf Grund des
 Invalidenversicherungsgesetzes 45.809.000 Mark, für Unterhaltung
 von Familien der zu Friedensbedingungen einberufenen Man-
 schaften 1.720.000 Mark, für Aufwendungen im allgemeinen
 Interesse von Handel und Gewerbe 50.000 Mark, zur Förderung
 des Abwages landwirtschaftlicher Erzeugnisse und zur Unter-
 stützung wissenschaftlicher, technischer und ähnlicher allgemeiner
 Betreibungen aus dem Gebiete der Landwirtschaft 75.000 Mark,
 zur Unterhaltung der ständigen Anstellung für Arbeiterver-
 einigung 50.000 Mark, und ein Beihilfe für die internationale Ver-
 einigung für geistlichen Arbeiterstand und zur Unterhaltung
 der internationalen Arbeitsämter 6000 Mark.

Zur Überwachung des Auswanderungswesens werden 18.000
 Mark veranschlagt, für die Reichsanstalt-Kommission an Remun-
 erationen, Reisekosten und Entgeltern 6500 Mark, die technische
 Kommission für Seeschiffahrt 40.000 Mark, das Vermessungs-
 wesen für Maschinen, Steuerwänner und Schiffer 6900 Mark.

und der Böhren-Ausschuss nebst Berufungskammer in Böhren
 und Ehrengeldleistungen 12.000 Mark.

Ueber die weiteren, dem Reichsamt des Innern unterstellten
 Behörden und die aus deren Tätigkeit erwachsenden Aufwände
 wird in den folgenden Skizzen berichtet werden.

Tagesgeschichte.
 Halle, 27. Januar.

Der Reichstag

Legte gestern die sozialpolitische Debatte fort, die ihm voraus-
 sichtlich noch mehrere Wochen lang beschäftigen wird. Stim-
 mungsbevollmächtigter Herr Graf Posadowski sprach vor den
 Reichstages-Beamten die Debatte ein. Der Staats-
 sekretär hatte vorher Herrn von Miquelmann der Genarmee ge-
 sprochen; über Posadowski war "belehrt" worden, daß es etwas
 gar nicht oder höchstens in einem Falle vorkommen sei; nun
 will er nichts gesagt haben. Herr Dr. Fischer, der rühm-
 lichst bekanntesten bürgerlichen Bundesratsbevollmächtigten, ist das
 noch lange nicht genug; Er überläßt die Armitierische Gen-
 darmen mit Robeserhebungen über ihr "außerordentlich ange-
 messenes Verhalten", rechtfertigt noch einmal den kleinen Be-
 lagerungszustand, ja er verteidigt die Nicht-Einführung des
 Behnundentags unter Ausfällen gegen die Kathedrischlisten, wie
 sie der seltsame Stamm nicht bitterer hätte erfinden können.
 Was soll das wundernehmen? Als er gestern eine gleichzeitige
 Erklärung gegen Posadowski las, habe er doch selbst ausdrücklich,
 er tue es "im Auftrag" der Armitierische Unternehmer.
 Neues Material brachte er trotz allen Renommierens mit der
 Fülle des ihm zu Gebote liegenden nicht vor, abgesehen von
 einigen beweislosen Behauptungen der Verwaltungsbürokraten.
 Viel eher ungemessen niedrigen Erzählung aus der Zeit, wo die
 bösen Sozialdemokraten das Sozialistengesetz verurteilten, erzählte
 er einen großen ungewollten Fehlererfolg.

Die Redner aus dem Hause boten in ihren breiten Ausfüh-
 rungen ein paar dürftige sozialreformatorische Vorschriften, die
 viel verständnislosere Vorklänge gegen unsere Partei.

Herr Dr. Müggen von der Freiwirtschaftspartei, der
 seit mehr als einem Jahrzehnt die freie Wirtschaft unter seinen
 Kollegen propagiert, griff überaus scharf die angebotene Erklärung
 unserer Fraktion zu dieser Frage an. Er schalt tüchtig auf die
 herrschenden sozialdemokratischen Kassenbeamten und forderte
 verbindlich die Aufhebung der Selbstverwaltung; aber sichtlich
 kam er doch darauf hinaus, daß bei der jetzigen finanziellen
 Grundlage der Kassenorganisation die freie Arztarbeit ebensowenig
 etwas wirklich Verbindendes leisten könne wie ein anderes
 System. Er kennt den Grund dafür genau so gut wie unsere
 Genossen: "Fast kein Proletariat ist im medizinischen Sinne
 gesund." Und nachdem Dr. Müggen das selbstgestalt hat, feiert
 er den letzten Frieden.

Von einer anderen Seite suchte der Zentrumredner Erz-
 berger die Partei zu fassen: Er jonglierte mit Zitate, die

231 (Nachdruck verboten.)

Im Wirbel.
 Ein Buch aus der Anarchie des Lebens.
 Von Karl Morburger.

Da öffnet sich die Lüre. Herbert, der Tenor, der ihnen
 allen bekannt ist, tritt ein. Eine schlanke, schmiegsame Gestalt,
 ein geistvolles Gesicht, elegante Manieren. Seine galanten
 Manieren machen in Wien von sich reden.
 Er grüßt höflich.
 "Aun, meine Herren", beginnt er, "bitte Sie einen an-
 wachsenden Höflichkeit mit mich, und lauschen Sie den Worten,
 die unsere verehrte Gastgeber ihnen durch mich verkünden
 läßt."
 "Der Preis bildet sich."
 "Meine Herren, Sie kennen ja sicher alle die prächtige Dop-
 pelnatur der Wienerinnen: das tiefe Gemüt und den leichten,
 frohen, hinständigen Sinn. Weidlich hebt sie hoch auf, und darum
 sage ich: jede Wienerin ist eine geborene Künstlerin."
 "Ein allseitiges Zutunnen."
 "Das habe ich auch gestern unserer verehrten Freundin klar
 gesagt."
 "Ein abendens: "Abt" der Umkleekabinen."
 "Ich habe sie davon überzeugt, daß alle Wienerinnen musi-
 kalische Genies sind. Wenn braucht sie ja nur tanzen zu sehen,
 oder jungen zu hören! Und daß unsere schöne Freundin nicht
 aus der Wiener Art geschlagen, davon hatte ich gestern das
 Glück mich zu überzeugen. Mit der Lebhaftigkeit, die unsere
 schöne Freundin schmückt, hat sie meinen Gedanken sofort zu
 dem ihren gemacht. Sie geht zur Bühne."
 "Bravo! Bravo!" rühmend und nun weiß auch Dr.
 Tenner, warum er zu Hause gelassen.
 Herbert fährt fort:
 "Das ist der erste Teil der Ueberraldung, der zweite Teil
 wird Sie noch mehr erfreuen. Unsere schöne Freundin greift
 rauh zu. Sie zaubert nicht lange und ist entschlossen, sich
 über meinen Rat, dem Souveränität zu widmen. Eine
 Souveränität muß aber auch eine feste Tänzerin sein. Sie
 in dieser Hinsicht auszubilden, hat sie bereits heute früh begon-
 nen. Unter der Leitung unserer tüchtigen Balletmeisterin hat
 sie heute an einem Tage — einen prächtigen Gencen
 bezugungen. Sie hat sich darauf angestrengt, um heute abend
 vor Ihnen, meine Herren, ihr erstes Debut zu absolvieren!"

Unter den Gästen eine freundliche Bewegung.
 "Das, meine Herren, läßt unsere schöne Freundin, der diese
 "lange Zeit" zu "ab ist", Ihnen durch meinen Mund verkün-
 den und Sie bitte sich in den großen "ab" zu begeben!"
 Er verbeugt sich und schreiet voran. Die Gesellschaft folgt
 ihm in fröhlicher Erwartung.

Sie findet den Salon verändert. An der einen Wand ist
 ein großes Podium aufgeschlagen, eine Art Tanzboden. Bis
 in die Hälfte des Raumes erstreckt er sich. Und vor demselben
 eine dreiseitige Zeltreihe, schmerzliche vollkommene Kanteile,
 bestimmt die Gäste anzuschauen. Der große Säulengang über-
 strahlt blendend den Raum, und verleiht ihm das Licht
 durch zwei große Leuchter, die über dem Podium an den
 Wänden befestigt sind. Vor den Fenstern dichte, dunkelrote
 Vorhänge, auf dem Boden schwere Teppiche, in den Wänden
 Blumenmuster mit Schlang- und Blattmotiven und im ganzen
 Raume ein sinnverwirrender, schwerer Parfüm, eine schwüle
 Atmosphäre.

Die Herren haben sich niederzulaufen. Wieder ist es He-
 bert, der das Podium bestiegt und ankündigt:
 "Meine Herren! Ich habe mir erlaubt, unserer schönen
 Freundin eine Nummer vorzulegen, die für Stimme, Wert-
 und Tanz ein gleichgelagerter Prüfling ist. Unsere
 schöne Freundin hat meinen Vorschlag akzeptiert. Es ist dies
 der Ihnen wohlbeliebte Schläger der Hans Führer: So was
 ist die Männer gern!"
 Wieder ein vernünftiges Durcheinanderreden. Gddeckt ist zu-
 sehen. Er wird auf seine Rechnung kommen. Er kennt den
 Charakter mit dem glatten Lächeln und dem wirbelnd rasenden
 Camcan.
 Herbert tritt ab. Eine kleine Pause.
 Pepi tritt ein, im leichten, geschätzten Gewande der Baller-
 inen. Einmal längs und freier als dies in der Gesellschaft
 möglich. Man ist ihr unterliegend. Die Reize, die Formen der
 Tänzerin sind ja fast allen kein Geheimnis. Hier kann man
 zeigen, was man sonst nur eraten läßt.
 Die Herren bringen auf und wollen Pepi umringen. Aber
 sie munt gereizt und gereizt ab.
 "Nur keine Faddelien!" ruft er erregt und stürzt hin zur
 Bühne.
 Die Blicke hängen an ihr, sie lauschen sich an ihrem Körper
 an. Und jetzt wiegt sie leicht den Körper, die Bestimmung
 schwindet langsam, eine milde, gierige Lustigkeit, eine lüsterne

Neugier breitet sich über ihr Antlitz aus, und jetzt singt sie
 das schilpflige Lied mit ungewöhnlich, naiven Mienen, als ob
 das gar nicht möglich, was sie singt, das aber das bereits
 Augenblicke, und nach jeder Zeile ein wiederholend, zele-
 der Camcan, ein lebensschillerndes, hingebendes Wiegen und
 Reden des Körpers, ein Schwingen des Leibes. Jetzt bei
 der letzten Strophe ein lebensschillerndes bachantisches Frei-
 die Hände klagen hoch auf, der Körper hebt.
 Ein Sprung, und sie ist fort in das Nebenzimmer.
 Eine schwüle Sinnlichkeit hat alle erfasst, und hält sie ge-
 bannt. Durch eine halbe Minute kein Laut, keine Bewegung.
 Dann ein lebensschillerndes Applaus. Sie liegen auf, sprechen
 und ruhen durcheinander und umkreisen die Lüre.
 "Ab", ruft Gddeckt, "wenn sie einem so vom Tanz set in
 die Arme..."
 "Was", flüstert Tellenlein in seiner derben brutalen Stimmlage,
 "das ist ein Weib! Und wie sie beim Tanzen immer
 die Augen schließt und die Lippen zusammenpresst... Ab,
 das ist ja nicht zum Ausbleiben!" und er läuft brüchig
 einher.
 "Ja, die treibt das Blut", meint Erzellen, "die wird eine
 angenehme Erinnerung sein, denn die macht Karriere!"
 "Ja", sagt Dr. Tenner, "die muß auf die Bühne! Ab, die
 hat übrigens nichts hindern in die Hofstadt, in diese —
 Bildprezidentin!"
 Die Herren lachen.
 "Aber Sie, Herr Kaiser, kennen die Schöne ja schon von
 früher. Wissen Sie kein interessantes Detail?"
 "Doch! Ein Kollege — Steinmüller heißt er — verbum-
 melt herumtrotzen!" lacht Dr. Tenner, "das ist nicht wirklich
 genug. Wissen Sie, es muß etwas sein, was Respekt macht!
 Lieberwils haben Sie, daß sich der Kerl nicht erschöpfen hat. So
 ein klein Selbstmord, der zieht! Ab, wissen Sie nichts?"
 "Der Bruder ist Anarchist!"
 "Hano, Bravo! Das klingt schon gruselig!"
 "Der Vater hat eine Selbstmord beangeneht..."
 "Ab, das ist ja ein höchstinteressante Familie! Kommen.
 Sie, ich muß mir einige Notizen machen."
 Er zieht ihn in eine Nische.
 (Fortsetzung folgt.)

er nach Staatsanwaltschaftsamt aus ihrem Zusammenhang gerissen hatte, und spielte die einzelnen Parteigruppen gegeneinander aus. Er ist das jüngste Mitglied des Hauses, aber die Methode ist doch gar zu alt. An sozialpolitischen Einzelheiten brachte er die Tage der Straßenbäuer, Volkseisenarbeiter und Bergarbeiter vor, Einzelheiten, auf die Graf Volzadomsky in seiner Antwort noch ausführlicher einging.

Den Schluss wendete zwei der bekanntesten sozialisierenden Schriftsteller, v. Feil und v. Fernsheim in Gamp. Ueber Reichstagsarbeiten, Herrsdort und die Wirtschaft wieder anderer Arbeiter auf sozialen Gebiet, sind sie meins, ein Herz und eine Seele aber bei den Repressiv-Verordnungen gegen die Arbeiterbewegung. Herr v. Feil möchte durch erhöhten hohen Geldstrafen die sozialdemokratische Propaganda verhindern, das ist augenblicklich sein Spezialwunsch, Herr Gamp aber stimmt auf Mittel, die immer wieder drohende sozialistische Reichstagsmehrheit gewaltsam abzumehren.

Ganz nebensächlich, anlässlich einer kleinen Polemik mit dem Zentrum, deckte v. Feil dann wieder einmal den Untergrund der bürgerlichen Sozialdemokratie auf: Wenn man ihn den Jehndfundament nicht wenigstens befragen lasse, erwiderte man ihm den Wahlkampf. So sind's doch wieder die Sozialdemokraten, die vorwärts treiben!

Am Donnerstag, wenn die Beratung fortgesetzt wird, dürfte auch unsere Fraktion wieder zu Worte kommen.

Preussischer Landtag.

Im Abgeordnetenhause wurde gestern die erste Lesung des Etats beendet und der Etat der Budgetkommission überwiesen. Die ganze Debatte, die diesem Beschluß voranging, hatte mit dem Etat aber herzlich wenig zu tun. In der Hauptsache wurde eigentlich nur die Auseinandersetzung über den Etat der Preussischen Landesregierung, der zwischen den konserverativen Parteien und der Sozialdemokratie, die sich in der Debatte hielten, sich dabei noch mehr zurück als die Preussischen, die unter Führung des Freiherrn von Jellisch ja schon an den Tagen vorher einen Vortrag gegen die Nationalliberalen gemacht hatten. Es kann nicht gelagert werden, daß aus der Rede Jellisch die Nationalliberalen als Sieger hervorgegangen sind. Jellisch sprach von Sozialisten und sagte Herrn v. Jellisch ziemlich unfeindlich an. Er sagte, daß er weder seiner Partei noch seiner Persönlichkeit nach bereit sei, den Nationalliberalen Vorschritten zu machen, und machte ihn darauf aufmerksam, daß im Reichstage die konserverativen Parteien die Nationalliberalen zur Wehrheitsbildung brauchen gegen das Zentrum und die Linken, die Herr v. Jellisch und seine Partei, die Nationalliberalen als die Polemik der Konserverativen nicht durchgeführt werden könne. Als dann später Herr v. Jellisch den Nationalliberalen von neuem väterliche Ermahnungen darüber zu teil werden lassen wollte, ob sie in ihrer Politik sich mehr nach rechts oder links neigen wollen, wurde Herr Dr. Friedberg noch größer. Seine Bemerkung, daß Herr v. Jellisch die Verharmlosung zwischen den Preussischen und den Nationalliberalen über ganz willkommen gemeint sei, da sie ihm ja Anlaß gegeben habe, Dutzende von Artikeln darüber vom Stapel zu lassen, wurde aber der gesamten Linken mit verständnisvoller Heiterkeit aufgenommen. Jellisch war, daß Herr Friedberg dem früheren Zeitungs-Gesamtdirektor von Jellisch sagen würde, daß er von dieser Reichstagsfeier lebte, meinte er Jellisch nicht dann auch nicht mehr zum Wort, sondern schickte seinen Freund Dr. A. v. Jellisch vor, der aber wenig für ihn tat und schließlich recht kleinmütig und verächtlich bei der Streitigkeit zu begraben. Auch die Deutsch-Konserverativen ließen Herrn v. Jellisch eigentlich im Stich. Herr Dr. Jellisch polemisierte zwar auch mit den Nationalliberalen, aber auch er schien sein Verhalten zu haben, die Konserverativen fortzusetzen, nachdem ihm Herr v. Jellisch nochmals freudig gedient hatte. Die Konserverativen ließen den Nationalliberalen das letzte Wort und schickten den Preussischen durch einen Schlussatz das Wort zur modalen Entgegnung ab. Somit kam nach der Zentrumsrede der v. Jellisch, der sich über die Wasserleitung in den durch Volzadomsky gehaltenen Reichstagen befanderte und vom Landwirtheitsminister eine wohlwollende Erklärung propitierte, und der polnische Redner v. Szarzynski zum Wort. Der Redner der Polen bedauerte sich mit Recht darüber, daß der Minister des Innern v. Hammerstein am Dienstag wiederwärtig sagen konnte, die Deutschen haben zu bestehen und die Polen zu verdrängen, er meinte eine solche Neuerung sei nur in einem Parlament möglich, das in seiner Mehrheit aus sich gehörig fühlenden Untertanen und nur in seiner Minorität aus unabhängigen, freigeistlichen Männern besteht. Der nationalliberale Bizepräsident, Herr Krause, der gerade präsierte, wollte diese Charakterisierung des preussischen Parlamentarismus nicht gelten lassen, und Herr v. Szarzynski wurde zum Wort. Er sagte, daß die Reichstagsfeier nicht durch den Ordnungsruf nicht geändert. Der Donnerstag bleibt für die Beratung der Budgetkommission frei, die nächste Sitzung findet am Freitag statt. Zur Beratung stehen kleinere Vorlagen.

Vom Aufstand der Hereros.

Das Kapstädter Blatt „Cape Times“ veröffentlicht angeblich zuverlässige Nachrichten über den sehr ersten Stand der Dinge in Deutsch-Südwestafrika. Nach einigen Berichten ist fast die ganze Eingeborenen-Bevölkerung von der südländlichen bis zur portugiesischen Grenze in offenem Aufstand. Windhof wurde von einer auf 5000 bis 8000 Köpfe veranschlagten Streitmacht belagert und sei seit mehreren Tagen von jeder Verbindung mit der Außenwelt abgeschnitten. Eisenbahn und Telegraph nach Erntaunung sind vollständig zerstört. Herr Erntaunung, ein deutscher Verwaltungsbeamter, sei zur Organisation von Trainsparten und außerdem zum Befehle nach Kapstadt gekommen, um im Namen der deutschen Regierung von der englischen Grenzlinie bis zum Truppenlager in Port Nolloth, südlich der Orange-Fluss-Mündung, zu erwirken.

Herr v. Jellisch meldet ein Kapstädter Telegramm der „Daily Mail“, nach wiewohl Schätzungen seien die auffrischenden Stämme etwa 15000 Mann stark, die in der Wehrzucht nicht bewaffnet sind. Aus allen Teilen des Landes träfen Meldungen über Verheerungen von den Hereros vertriebene Gruppen an. Die deutschen Truppen, die kürzlich Streifen nach vorwärts, wurden von den Hereros umzingelt, überwältigt und gefangen genommen. Die Gefangenen wurden entzündlichen Worten unterworfen und dann lebendig verbrannt. Den Offizieren wurden die Glieder abgetrennt und die Augen mit den Daumen ausgegraben, dann liegen die Hereros sie liegend auf dem Felde liegen. Herr v. Jellisch bleibt trüb. Es seien Verhandlungen im Gange, um den deutschen Truppen die Landung in Port Nolloth zu gestatten. Selbst in optimistisch gestimmten Kreisen befindet man einen längeren, schwierigen Feldzug. Dazu bemerkt die „Mail“, daß ein Berliner amtlichen Stellen über diese Vorgänge nicht bekannt ist, doch ist dierhalb eine Anfrage an den deutschen Konsul in Kapstadt gerichtet worden, auf welche die Antwort bald erwartet wird.

In der gestrigen Mitteilung über die bis jetzt bekämpften Verheerungen während des Hererosaufstandes sind in Folge von Berichtvermutungen einige Irrtümer vorgekommen, die in folgender Weise zu verbessern sind: Der Name des als gefangen gemeldeten Unteroffiziers lautet: Bach. Unter den Ermordeten befinden sich zwei Frauen, deren Namen in dem Telegramm vermisslich war. Der Name der beiden Frauen lautet: V. Berg.

Als Beweis dafür, wie „weidwärtig“ die deutsche Regierung in unseren Kolonien ist, dient folgende Tatsache: Das Deutsche Kolonialblatt, — das Amtsblatt für die Schutzgebiete des Deutschen Reichs, herausgegeben von der Kolonial-Abteilung des Auswärtigen Amtes — bringt in Nummer vom 15. Januar 1904 einen rührend freundlichen Artikel über die Schutzgebiete, der lautet: „Ueber die Fortschrittlichkeit der Schutzgebiete.“ Der Artikel enthält die Versicherung, daß die Schutzgebiete sich nicht von dem Wohlstand der Kolonien in der Tat unterscheiden. „Ich möchte, wohl geschlafen zu haben!“ bemerkt dazu die Berl. Stg.

Einfachheitskrieg im bayrischen Landtage. Am Schluß der Sitzung der Abgeordneten kam es am Montag bei Gelegenheit der Beratung des Justizgesetzes zu einem Zwischenfalle. Der sozialdemokratische Abgeordnete Segitz begann den jüngst festgesetzten Artikel des Einfachheitsgesetzes wörtlich zu verlesen. Ueber die Zulassung dieser Verlesung entstand eine längere Geschäftsordnungs-Debatte, während der die liberalen und sozialdemokratischen Redner für die Zulassung der Verlesung eintraten, da die Geschäftsordnung kein hierauf bezügliches Verbot enthalte. Während die Mitglieder des Zentrums und der Rechten die Verlesung für unzulässig hielten, schließlich wurde über die Frage der Verlesung namentlich abgestimmt, wobei sich die Beschlussfähigkeit des Hauses herausstellte.

Am Dienstag wurde die Debatte dann fortgesetzt. Nach Schluß derselben kam es zur Abstimmung, wobei die Verlesung mit 67 Stimmen des Zentrums gegen 55 Stimmen der übrigen Parteien für unzulässig erklärt wurde. Das kann einen bei der Zusammenkunft des bayrischen Landtages nicht weiter wundernehmen.

Wegen Kaiserbeleidigung wurde in Leipzig die Scherenschiefer Göke zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Göke war wegen Kaiserbeleidigung schon vorbestraft. — Wegen Kaiserbeleidigung fand der Maurerpolier Oswald Müller vor der Strafkammer in Götting. Er war das Opfer einer gemeinen Denunziation geworden und wurde vom Gericht freigesprochen.

Wilde Justiz für Oertels Kampfleger. Der Vertreter des nationalliberalen Wahlbureaus im Freiberger Wahlkreis, Buchhalter Seipt, wurde, wie schon früher ausführlich mitgeteilt wurde, nach der Zurückwahl aus Anlaß für seine Tätigkeit im Wahllampfe von Angehörigen Oertels förmlich schwer mißhandelt. Das Schöffengericht befand sich schon früher mit der Sache. Gestern verurteilte das Landgericht als Berufungsinstanz den Oertelsberger Maul zu 40 W. Geldstrafe und 30 M. Buße. Die meisten Täter blieben unermittelt.

Einen Ordnungss- und Erziehungsfaktor hat am Montagabend im Hallischen Konservativen Verein bei der Vorfeier zu Kaisers Geburtstag Pastor Kunis Gleichschickung das deutsche Heer genannt, und alle anwesenden Mitglieder haben den Worten zugehört. Wie erläutern uns, den konserverativen Kreisen folgende Verhandlung vor dem Oberkriegsgericht zu Magdeburg, die an demselben Tage stattfand, wo die militärverherrlichende Rede des modernen Diner Geritt gehalten wurde, vor die patriotischen Pflichten zu halten.

Wegen gemeinschaftlicher Mißhandlung eines jüngeren Kameraden des Infanterie-Regiments, begangen in der Nacht vom 21. zum 22. September, waren die Infanterie-Franke, Frenschild, Abel, Glatz, Volland und Rimmel vom Infanterie-Regiment Nr. 12 vom Kriegsgericht in Torgau in erster Instanz mit 15 Tagen Arrest bis zu 14 Tagen Gefängnis bestraft worden. Die ersten vier Angeklagten waren auch wegen Nichtbegehung eines erhaltenen Dienstbefehls bestraft, Abel und Glatz aber freigesprochen. Gegen dieses Urteil hat der Gerichtsherr Berufung eingelegt. Er legt die Beurteilung sämtlicher Angeklagten wegen Nichtbegehung eines Dienstbefehls, auch ersucht ihm die Strafe im allgemeinen zu niedrig. Aus den Zeugenerwähnungen geht hervor, daß die Angeklagten, die im dritten Jahre dienen, sich verdrängt hatten, den im zweiten Jahre dienenden Anfaß zu verhalten, weil dieser sich im Stall an einem älteren Manne vergrißelt hatte. Die vier Angeklagten in der Nacht auf den im Werte liegenden Anfaß eindringen, machte dieser die Angreifer, abgesehen, da er sonst seinen Säbel, den er verfahrensweise mit ins Bett genommen hatte, benutzen würde. Da die Angreifer nicht nachließen, schlug Anfaß mit dem Säbel um sich und traf den Angeklagten Franke, der ihn mit einem Messer mehrmals geschlagen hatte, darauf auf den Kopf, daß er zusammenbrach.

Bei dem Stambul kam der dienhabende Unteroffizier hinzu und gebot Ruhe, worauf die Exzedenten den Schläffel verließen. Nach einiger Zeit kehrten sie jedoch zurück, nahmen Anfaß den Kopf und mißhandelten ihn von neuem. Der dienhabende Unteroffizier kam auf den erneuten Spottel wieder hinzu und forderte zweimal auf, daß sich die Angreifer in ihre Betten legen sollten. Dem ersten Befehl soll von den Angeklagten nicht Folge gegeben sein.

Der Vertreter der Walfage hält einfaßchen Angehörigen für ersten und beantragt gegen sämtliche Angeklagte die Strafe 3 Wochen Mittelarrest. Die angeklagten Angeklagten seit 3 Jahren in einem Landfriedensbruch. Seit 3 Jahren würde ein erbitterter Kampf dagegen geführt, daß in den Kavallerieregimenten die älteren Leute die jüngeren mißhandeln. Jedenfalls zeuge es nicht von großem Mut, wenn eine größere Anzahl von Seiten sich miteinander verbinde, um einen einzelnen zu verhalten. Er beantragt gegen Franke wegen der Mißhandlung 2 1/2 Monate, Volland drei Monate, Frenschild 2 1/2 Monate, Frenschild und Glatz je sechs Wochen Gefängnis, gegen Abel 3 Wochen Mittelarrest.

Der Verteidiger Rechtsanwalt Gutmann beantragt, die Berufung des Gerichtsherrn zu verwerfen und die in erster Instanz erkannten Strafen als ausreichend anzunehmen. Das Urteil lautet: Franke, Frenschild und Glatz wegen Mißhandlung je 10 Tage, Frenschild wegen Beleidigung 3 Tage Gefängnis. Von dem Anfaß der Gehörlosenerwägung erfolgte Freisprechung, die Verurteilung ist also in diesem Falle vermieden. Der Angeklagte Abel wird überhaupt freigesprochen.

Das ist nur ein Beweis für die erziehlige Wirkung des Kafertensystems. Wie konnten noch mit mehr Folgen aufwarten. Der jahrelang Kafertensystem geatmet hat — Herr Pastor Kunis hat es nicht — weiß, was es mit der Erziehung des Militarismus für eine Bewandnis hat.

Ein verurteilter Abgeordneter. Die Kaiser Strafkammer verurteilte den obdenburgischen Landtagsabgeordneten Grimm wegen Beleidigung der obdenburgischen Regierung zu einer Geldstrafe von 50 M. Er hatte in einem Schreiben der Regierung Parteilichkeit und Ungerechtigkeiten vorgeworfen.

Ausland.

Österreich. Ein Breitschick-ungarisches Forbach. Die österreichische Armeezugung weiß zu melden, daß in einem

Wiener Verlage demnächst ein Buch erscheinen wird, das ganz danach angetan zu sein scheint, auf für Österreich einen „Fall Bisse“ heraufzubekommen. — Man darf auf die Schilderung der Ziten im österreichischen Heere gespannt sein.

Schweiz. Der Berner Postjekt-Projekt. Nach amonstaltiger Verhandlung wurde das Urteil in dem Prozeß gegen den städtischen Polizeidirektor, den Polizeihauptmann und 21 städtische Polizisten gefällt, die des Antisemitismus und der Mißhandlung, begangen anlässlich der von der Studentenratung dem deutschen Professor Wetter am 22. Juni 1902 getrahten Kassenmüll, beschuldigt waren. Der Polizeidirektor und der Hauptmann wurden freigesprochen, 9 Polizisten erhielten je 1 Tag Gefängnis.

Belgien. Eine Wiedererkennung zwischen Wilhelm II. und König Leopold glaubt der Beizle in nahe Aussicht stellen zu können. Genie geheimnisvoll wie die Entschlüsse, die die Belagung des Zentrums der „Königlichen Parteien“, indessen klingt die Vermutung ganz plausibel, es sei der gemeinliche Kaff gegen den Sozialismus, dem die ansehnliche Verhütung zu verdanken sei. Uebrigens meint der Beizle, man habe nur nötig, die belgische Konso-Politik zu verformen, um zu sehen, ob wirklich die Einwirkungen deutscher Einflüsse zu veripuren seien. So viel steht fest: Belag ist Wilhelm II., auch den König der Belgier aus seiner Meerde den Sozialisten gegenüber herauszubringen, so wird die belgische Sozialdemokratie bei den Wahlen im Mai 1904 die schönsten Erfolge zu verzeichnen haben.

Italien. Von einem geheimnisvollen „Kassetten-Diebstahl“ munkelt man in Rom: In der Celsari-Strasse soll eine dem Marine-Ministerium II. gehörige Kasse gestohlen sein, die angeblich überaus wichtige Dokumente enthielt.

Norwegen. Ein neuer Orden. Einem lang gesühlten Bedürfnis abzuhelfen, hat König Oskar anlässlich seines 75. Geburtstages den Norwegern einen neuen Orden, der norwegische Löwe genannt, gestiftet. Der neue Orden kann nicht mehr als 12 Norwegern verliehen werden, außerdem aber Staatsvorfahren, Mitgliedern von Regierungen und obersten Staatsvorfahren. Er ist hauptsächlich für solche Norweger bestimmt, die den St. Olavs-Orden schon erhalten haben, sich aber noch weiterhin zu verdient machen, da sie mit diesem bisher einzigen norwegischen Orden nicht mehr auskommen können. Der St. Olavs-Orden ist übrigens in seinem Rang erhöht worden, so daß er nun über dem schwedischen Serafimerorden steht.

Es gab in Norwegen eine große bürgerliche Partei, die die Abschaffung des Ordensmeins auf ihrem Programm hatte. Aber das war einmal. Heute freut man sich des neuen Ordens und man vermutet gar, daß der alte Demokrat Björnson der erste sei, der Anwartschaft hat, seinen Ruf durch den neuen Orden zu — stärken. Uebrigens ist auch Wilhelm II. als erster zum Ritter dieses neuen Ordens ernannt worden.

Rußland. Ein Aufsehen erregendes Verbot erließ in diesen Tagen die russische Regierung in Petersburg. Der III. Kongreß der russischen Ledner wurde förmlich aufgelöst und die weiteren Verhandlungen inhibiert. Der Grund zu dem Verbot liegt in zwei demonstrativen Kundgebungen des Kongresses, die zu Beginn der Tagung stattfanden. Zunächst beschloßen die Ledner die Abwendung der nachfolgenden Depeche an Toltol: „Dreihundert Mitglieder des Kongresses überleben den Ausdruck der unmöglichen Bewunderung ihrem teuren Meister, dem ausgezeichneten Bekämpfer der Wahrheit.“

Es ist nur allzu klar, daß die Depeche gegen den heiligen Soboih die Spitze bewies.

Die zweite Depeche war an den feinerussischen Dichter Kolokoltsch gerichtet, der gegen die Beschränkung der Literatur seines Volkes durch die Regierung kimpft. Sie lautet:

„Die Mitglieder des Kongresses überleben den Ausdruck einmütiger Bewunderung dem Meister des Wortes, dem unermüdlichen Befehiger der Unterdrückten, dem Feinde des nationalen Separatismus.“ Die Abwendung der Depechen geschah unter jubelnder Zustimmung der ganzen Versammlung.

Schließlich veranlassete eine der Sektionen des Kongresses eine der Regierung noch peinigliche Demonstration. Unter den Mitgliedern befanden sich zwei, welche an der Zudenbekämpfung in Kischinev teilgenommen hatten. Die Sektion beschloß, nicht zu tagen, so lange diese Leute an dem Kongreß teilnehmen.

Dieser Beschluß, der mit einer Kritik der Ereignisse in Kischinev verbunden war, von der Regierung doch zu lächeln, und sie entschloß sich zu dem Verbot der weiteren Tagung.

Deutscher Reichstag.

19. Sitzung, Dienstag, den 26. Januar 1904, 1 Uhr. Am Bundesratspräsidenten Graf Bobadomsky.

Die zweite Lesung des Staatsratspräsidenten des Innern wird fortgesetzt.

Abg. Werner (Antik): Viele kleine Handwerksmeister und Bauern haben weit mehr Sorgen als die Arbeiter, für sie aber ist die Obwegelung fast nichts. Der Wirtschaff wird gerettet und die Regierung steht untätig zu. Staatssekretär Graf Bobadomsky befragt sich darüber, daß seine Rede mißverständlich und falsch wieder fortgesetzt wurde. Gestern habe er über das Verhalten der sächsischen Regierung in Arminstadt geäußert, bei so großen Ausständen kämen auch Wirtschaffler. Das bezog sich auf den Fall der Streikpolizei, die im Sächsischen Landen und wogegen ein Mandat erging, das nicht mehr zu halten ist, was die Regierung auch nicht halten, und dabei bleibe er stehen. An den allgemeinen Befähigungs-Nachweis sei nicht mehr zu denken.

Sächsischer Geheimrat Dr. Fischer: Die Maßlosigkeit und Heftigkeit der Angriffe des Herrn Abg. Fischer, die nicht mehr überboten werden kann, erheischt sofortige Abwehr. Was gegen den Herrn Abg. Fischer, der nicht Sachde oder sachlicher Abgeordneter ist, die Erklärung der sächsischen Büchlinge an? (Anruhe bei den Sos.) Der Verlauf des Dramas in Arminstadt hat gezeigt, daß hier eine Machtdrohe vorlag. Mit der Frage des schwebendigen Arbeitstages haben sich die sozialpolitischen Theoretiker fertig nicht abgemacht. Sie sagen einfach, er ist nicht mehr zu halten, und die Arbeiter können leben, wie sie damit fertig werden. Professor Delbrück, bekannt durch seine sprunghaften Aufschauungen, hat sogar die Ziren gehabt (Nachen bei den Sos.), die Sozialdemokraten zu beschuldigen, daß sie die Arbeiter mißhandeln. Mißhandlungen haben aber lediglich die freistehenden Arbeiter bezogen. (Große Anruhe bei den Sos.) Die Behörden haben antwort gegeben, daß die Situation verdräht sich auf, als es den Unternehmern gelang, in größter Unannehmlichkeit heranzukommen.



Herrn Abg. Fischer kann ich nur sagen: So viel Worte, so viel Unwahrheiten. (Große Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Sie waren doch gar nicht zugeneigt. (Nur b. d. Soz.: Sie sind nicht.) Ich habe es doch in meine Aktien. (Nachen b. d. Soz.) Das Wort ist doch nicht durchaus ungenügend, messen, die Seiten grenzen an. (Nur b. d. Soz.) Herr Trimbach war mit dem Behalten nicht zufrieden. Es tut mir in der Seele weh, das Behalten wird Herr Trimbach sich schon selbst erlangen. (Gehefter.) Das Material über das Verhalten der Kandidaten ist groß, das ist die erste Aufgabe der Arbeiter, transportieren können. (Nachen b. d. Soz.) Es fällt der Bestätigung von Arbeitswilligen liegen vor, bei vielen war Mäheres allerdings nicht zu ermitteln. (Abg. b. d. Soz.) Das Amtsgericht hat in 44 Fällen Strafe einwirken lassen. Wenn Herr Schmidt hier gewesen wäre, wie die Schlangen, dann hätte er geschwiegen. Die Veranschaulichung würde sehr gut werden, nur die Anproben. Die Gesellschaften haben ja bereit, Anproben zu halten. (Nantes Lachen b. d. Soz.) Nur: (Herr Schmidt.) Es sollte das Veranlassungsverbot wohl umgangen werden. Das haben die Sozialdemokraten schon unter dem Sozialistengesetz verstanden. Ich verbot eine Veranlassung, in der Abg. Bebel reden sollte. Dann wurde eine andere Veranlassung, eine unheimlichen Herrn Schmidt als Referenten angenommen. Die Geheimeichte ich, aber ich hatte das dummste Gefühl, das nicht alles in Ordnung sei. (Nur b. d. Soz.: Anhangsvoller Engel.) Als ich in die Veranlassung kam, teilte der Vorleser mit, der Referent sei nicht erschienen und fragte, ob ein anderer redend sei. Dann wurde eine andere Veranlassung, Herr Bebel. (Stürmische Gehefte.) Ich ließ ihn zunächst sprechen, bald aber merkte ich, daß er gerade das Nierat halten wollte, das ich verboten hatte. (Große Gehefte.) Daraufhin löste ich die Veranlassung auf. Der Sündenbock für das fällige Ende des Streiks soll die Arbeiter sein; er ist aber verloren gegangen, weil die Arbeiter nicht fest zusammengefallen haben. Von 4 Arbeitervereinigungen ist mir der Zutritt geworden (Nur b. d. Soz.: Zutritt ist gut!), hier zu erklären, daß sich die Kriminialjuristen Gehaltszettel durch die Behauptung des Abg. Bebel: Hunderte kleiner Geschäftsleute händen den Bankrott der Kriminialjuristen Veranlassung der weiblichen Mitleiden und Einführung der Handelsinspektoren. Die Gemeindeführer müssen in die Sozialgesetzgebung einbezogen werden. Ich möchte ferner eine gründliche Reform der Krankenversicherung. Was die Kräftefrage anlangt, so bin ich Gegner der Einführung der Behörden im männlichen Geschlecht. Ich möchte ferner, daß die Sozialdemokraten behaupten, die Krankenversicherung hätte den Ärzten nicht gebracht, der Beruf sei nur überflüssig. Wäre das wahr, dann müßte die Krankenliste alle Streiks geminnen; bisher aber haben sie trotz verlorener Angebote weder in Köln noch in Leipzig genügend Ärzte gefunden.

Früher hat sich die Sozialdemokratie in den Streit zwischen Krankenkassen und Ärzten hineingeworfen, nicht einmütig, sondern sehr unklar, das anders geworden. Dabei sind die Mitglieder der Klassen auf Seiten der Ärzte, nur die Beamten sind ihre Gegner. Diese Beamtenposten hat die Sozialdemokratie mit ihren Zwecken. Tausende gutbezahlter Stellen werden von den Gewerkschaften der Fabriken und Zinnarbeiten eingenommen. (Nur b. d. Soz.: Die Sozialdemokraten sind die Sozialdemokraten.) Ich, dieser Streik! Als dieser Streik, das ist ja der Nonnenmischer der Sozialdemokraten. (Gehefter.) Es wird mir der Anstellung von lebensfähigen oder schwer fündbaren Klassenbeamten ein ganz ungeheurer Unfug getrieben. (Nur b. d. Soz.) Früher, als ich den Klassenbeamten nicht so wenig Sozialdemokraten gegen, war ich der Abg. Bebel für die freie Kräftefrage. (Abg. Bebel.) Was das etwa mein Wort! Nein, aber jetzt mag das niemand zu sagen, weil einflussreiche Genossen da angetreten sind. (Hört, hört rechts.) Herr Stadthagen kommt gegen die fehlerhaftesten Ärzte der Gewerkschaften, die die Krankenkassen, das ist ein Streik, das ist ganz anders. Ohne freie Kräftefrage ist die ganze Krankenversicherung nur ein Armeestrick. (Sehr richtig bei den Freie.) Die Ärzte dürfen den Simulanten keinen Vorwurf leisten; dafür sorgen strenge Disziplinmaßnahmen und Aufsichtskommissionen aus Ärzten und Klassenbeamten. Trotz der freien Kräftefrage, die die Krankenkassen nicht mehr unterstützen. Sie (zu den Sozialdemokraten) fürchten aber, daß auch wenig Medizin verordnet wird und zu viel Leute erwerbsunfähig geschrieben werden. Trauen Sie den Proletariatsoldaten Verzug zu? Wenn Sie so wenig Moral besitzen, wie können Sie dann die ganze Gesellschaftsordnung ändern? Spott behaupten Sie immer, alle anderen Klassen wären moralisch minderwertig.

In Wahrheit ist leider nur wenige Proletariats in medizinischen Sinne gesund, selbst wenn sie weiter arbeiten können. Nur Ärzte, die ganz unter der Krone der Klassenbeamten stehen, weisen solche Kranke ab. Auf Konsequenzen wird dafür gedrückt, lungenkranken Arbeitern die Milch zu verordnen, wenn ein Arzt es aber tut, wird er entlassen. Die finanzielle Grundlage der Arbeitervereine ist durch Konzentration der Klassen erweitert, ist fraglich. Die viel gerühmte Selbstverwaltung ist nur die unumgängliche Verdrängung der Klassenbeamten. Dauernde Abhilfe dieser Mängel kann nur die Vereinigung von Kranken- und Invalidenversicherung auf gemeinsamer Grundlage bringen.

Nach dem Unfallversicherungsgesetz müssen zu jedem Schiedsgerichte Sachverständige auszuweisen werden, aber außerhalb Bayerns wird diese Bestimmung vielfach mißachtet. Auch bei Festsetzung der Rente werden die Ärzte oft überzogen. Die Kompetenz-Streitigkeiten zwischen den Vorlesenden der Schiedsgerichte und denen der Invaliden-Kassen müssen im Interesse der Betroffenen beseitigt werden.

Der Abg. Bismarck sprach im vorigen Jahre von der unüberbrückbaren Kluft zwischen den Besitzenden und den arbeitenden Klassen. Aber der größte Teil der Arbeiter gehört auch heute noch den bürgerlichen Parteien an. Ich hoffe, daß die Kluft immer mehr überbrückt werden wird, dann werden wir zum sozialen Frieden in unserem Vaterlande kommen. (Beifall b. d. Freie.)

Abg. Erberger (Zentr.): Wie lange will man noch mit der Handwerkerrenaissance aus Sparmaßnahmen warten? - Gegenüber dem Abg. Fischer, der sich auf die weitergehenden sozialpolitischen Anträge seiner Partei berief, bemerke ich, daß doch nur die unratliche Überlebungsmaßnahme ist. Es gibt aber doch noch Sozialdemokraten, die sehr vernünftige Leute (Gehefter.) Kampferinnen bezeichnet in den Soz. Monatsheften die Verdrängung der Arbeiterklasse auf ein Gehalt von 1/2 Mark an die Arbeiterklasse. Schappel hat auf dem Stuttgarter Parteitag das Referat gegeben: Welche Handelspolitik die Regierung auch befolgt, es wird fruchtlos dagegen losgelegt. (Gehefter.) Die Arbeiter werden sich nicht durchsetzen, sondern belagert. (Große Gehefte l. Zentr.) Im Vorjahr war man nun vor, mit den Resolutionen Stimmgang zu treiben. Jetzt passen sie Ihnen wieder nicht; - da ich Ihnen und unter Resolutionen doch recht unangenehm zu sein. (Nachen b. d. Soz.) In Bezug auf die Krankenversicherung der Gemeindeführer hat der Staatsreferent eine andere Resolution bereits eine entgegenkommende Antwort gegeben. Wir brauchen uns also nicht den Kopf darüber zu zerbrechen, was wir tun, wenn die Regierung unsere Resolutionen ablehnt. Was tut denn die Sozialdemokratie, wenn einmal der Staat ablehnt? Die deutsche Arbeiterbewegung ist feindselig antimonarchisch. Die 60000 Arbeiter des Braunkohlebergbaues bewiesen das Gegenteil. (Sehr richtig rechts.)

Wie weitere Veranlassung der Gemeindeführer-Beamtinnen und ihre engere Verbindung mit den Arbeitern ist uns erwünscht. Ausnahmen der Sonntagsgesetze sollten weniger bewilligt werden. Die Unfallversicherungs-Vorlesungen sollten durch die Arbeitervereine und Vereine für Gründungen auf diesem Gebiete ausgesetzt werden.

Die Bürger für Arbeitslosigkeit will immer mehr von Gemeindeführern u. A. Klein und Weidig übernommen. Vielleicht können die Voten, die noch für diese Session eine Arbeitslosenversicherung fordern, dieses Ziel des Kolombus lösen. (Gehefter gut im Str.) - Die Arbeitervereine haben trotz der hohen Erbschaften langweilige und nichtige Voten. Die Erbschaftsverordnungen sollten bei der Konzeptionsstellung für Schutzbestimmungen sorgen. Herr Erberger möge seinen Einfluß in Berliner Kreisen geltend machen. - Die Wolfenarbeiter haben oft das ganze Jahr keinen freien Sonntag. In der Bundesversammlung für Arbeitervereine sind alle herabwürdigen Schutzbestimmungen für Frauen und Jugendlichen mangelhaft. Auch sonst geht uns die Verordnung nicht weit genug. - Uebertragung der Schutzgesetze müssen strenger bestrahlt werden: ein Arbeiter, durch dessen Nachlässigkeit (Hört, hört!) die Gewerkschaften in ein wichtiges Mittel, den sozialen Frieden herbeizuführen. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Herr d. Gertl zu Gernroth (natl.): Die Chronikrede hat mich enttäuscht, weil sie den 10-tägigen Maximalarbeitstag für Frauen - ich spreche hier mehr für meine Person als für die Mehrzahl meiner politischen Freunde (Abg. b. d. Soz.) - nicht enthalten hatte. Ich erwarte, daß die Arbeitervereine sich für die Arbeitervereine und allerdings auch eine Verdrängung der Arbeiter für persönliche Belästigungen, denen die Abgeordneten, die durch die Sozialdemokraten in die Hand genommen wurden. In der Schweiz, in der ja Herr Bebel eine Villa besitzt (Gehefter), pflegt man die Sozialdemokraten, die sich in der Agitation hervortun, gleich zu Polizeikommissaren oder Finanzministern zu machen. Dann klammern sich diese Leute stets sofort, wie der sozialdemokratische Arbeiterverein für die Arbeitervereine (Hört, hört!) zu haben ja seine Wohnung! Der Anton Juchacz sollte sich den früheren sozialdemokratischen Abgeordneten Ulrich aus Heßen als Finanzminister erkaufen. Herr Ulrich hat in der Finanzkommission des heiligen Landtages eine progressive Einkommensteuer vorgeschlagen, wonach die Besitzenden mit 18 Prozent ihres Einkommens besteuert werden. (Große Gehefter.)

Die Gewerkschaften in Deutschland sind zum großen Teil in den Händen der Sozialdemokratie. Das hat sich auch in Kriminalland gezeigt. Die Erfolglosigkeit des Kriminalland Streiks war für die Agitation der Sozialdemokratie viel wertvoller als ein erfolgreiches Streik. (Nur b. d. Soz.) Die Sozialdemokratie hat eine große Erbschaft und Gehaltigkeit, die durch das Unterliegen der Arbeiter entfällt. Natürgemäß ergab die fortschreitende Entwicklung der Gewerkschaften einen engeren Zusammenhang der Arbeiter. Das Reich darf den großen Kampf zwischen beiden Parteien nicht abbrechen lassen. Die Sozialdemokratie muß die Ausbildung der Arbeitervereine und durch Verhandlungsmann in friedlichem Sinne eingreifen. Wegen die Sozialdemokratie aber hilft nur das geschlossene Vorgehen aller bürgerlichen Parteien. (Beifall bei den Nat.-Abg.)

Staatsreferent Graf v. Posadowski: Eine Verbindung von Invaliden- und Krankenversicherung, wie sie Herr Dr. Muggan wünscht, kann nur durch eine neue Art der Krankenversicherung ein selbständiges sozialer Unterbau geschaffen werden. - Die mechanische Art der Rentenbestimmung ist dem Sozialistengesetz entgegen. - Ueber die Sonntagsgesetze in Wolfen sind eine Bundesversammlung in Vorbereitung, auch sollen die allgemeinen Bestimmungen über die Sonntagsgesetze einer Nachprüfung unterzogen werden.

In Bremen hat man zuerst versucht, die Wohnungsverhältnisse in den Bezirken durch Polizei-Verordnungen zu verbessern, die jedoch durch gerichtliches Erkenntnis aufgehoben sind. Man muß nun das allgemeine Wohnungsrecht, das in Bremen vorbereitet wird, abwarten. Herr von Gertl hat uns empfohlen, den Weg des Milderndigen jedoch gerichtlichen Entwurfs zu gehen. Dieser ist aber Mangel-Schiedsgerichte vor. Er ist in Frankreich von Arbeitgebern und Arbeitnehmern einstimmig abgelehnt worden, und auch im Deutschen Reichstage wurde sich für eine solche Vorlage keine Mehrheit finden. Das Votum unterer sozialpolitischer Kreise hat sich handig bemerkt. Wir stehen nicht still, sondern arbeiten vorwärts. Der Gesetzgeber muß aber Mäßigkeit nehmen, wie jede Bestimmung auf den wird, der sie ausgeführt hat. Gegenüber dieser Verneinung ist eine Ueberholung der Gesetzgebung eine große Gefahr.

Abg. Gamp (Nat.): Die Handwerker-Enquete muß sofort vorgenommen werden. Der schauerliche Terrorismus der Sozialdemokratie in den Krankenkassen muß vollständig gebrochen werden. Schuld an der traurigen Episode in Kriminalland hat lediglich die Sozialdemokratie (Gehefter Widerspruch bei den Sozialdemokraten). Die dortige Zert.-Industrie konnte den Jugendtag nicht ausführen, weil sie nicht über ein so vorzügliches Arbeitermaterial verfügte wie ihre Konkurrenten in Wehen. Kommunisten haben mit den Arbeitern verprochen, daß in verhältnismäßig kurzer Zeit die 10-tägige Arbeitszeit eingeführt werden sollte. Die Arbeiter waren damit einverstanden, kurz darauf wurde aber trotzdem die Arbeit in einigen Fabriken eingestellt. Einen solchen Verbruch konnten sich die Fabriken nicht gefallen lassen. Nachdem die Sozialdemokratie sich der Sache bemächtigt hatte, hatten die Fabriken recht, das Schiedsgericht abzulehnen. Die Sozialdemokratie muß mit ihren Vorwürfen gegen uns morden, bis ihre Bruderpartei in Frankreich dafür gezeigt hat, daß dort die sozialpolitische Gesetzgebung so weit ist wie bei uns.

An Zentralfür die Arbeiter haben wir nicht fehlen lassen. Wir wollen aber die wichtigste Sache der sozialpolitischen Bewegung. Die Verhandlung über die Schutzbestimmungen geradezu schäntlicher und leicht meine irrend ein Kumpel vor den Strafgericht geschickt. (Hört, hört! bei den Soz.) Zur Bekämpfung der Sozialdemokratie wäre die Verbreitung der Dreieckigen Barteits-Protokolle weit geeigneter als die der Voten. (Große Gehefte.) Die Sozialdemokratie kann viel weniger gegen den Staat als gegen das Königtum. An eine sozialpolitische Revolution glaube ich ja nicht. Herr Singer ist kein Barteitskämpfer. (Stürmische Gehefte.) Sie wollen die Republik, weil Sie in ihr freie Bahn zur Erlangung politischer Macht erblicken. Möge die Regierung sich der Gefahr bewußt sein. (Beifall rechts.)

Darauf vertragt sich das Gans. Persönlich betont

Abg. Muggan (Soz.) gegenüber dem Abg. Muggan, er sei früher ein Anhänger der freien Kräftefrage gewesen, aber durch das Verhalten der Ärzte jetzt, die von den Klassen eine fünf bis sechsfache Erhöhung ihres Honorars forderten, zu einem

Gegner derselben geworden. Schon bei einer fünfstündigen Erhöhung würden die Praxenstellen fortgesetzt sein.

Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr Fortsetzung der Beratung. Schluß 6 1/2 Uhr.

Parlamentarisches.

In der Subjekt-Kommission des Reichstages erbat am Dienstag zunächst vor dem Eintritt in die Tagesordnung der Direktor des Reichsanwaltschafts eine Änderung des Verhandlungsplans: Das Reichsanwaltschaft ist durch die Ereignisse in Sibirien in eine solche Fülle von Arbeiten verwickelt worden, daß ihm eine Verkleinerung der Beratung des Reichsanwaltschafts angenehm ist. Die Kommission willfahrte diesem Ersuchen.

Die Kommission teilt ihre Beratungen bei der Position für den Umbau der Bahnhofsanlagen in West fort. Der Referent, Abg. v. Bebel, hatte die Entscheidung von 80000 Mark gefordert, weil nach der heute bedeutende Höhe am Vorjahre vorhanden sind. Nach einer sehr langen Debatte, bei der u. a. die Freisinnigen und Konservativen den Minister Budde als Autorität in strategischen Dingen aufzufordern ließen, nachdem sie bekanntlich im preußischen Abgeordnetenhaus bei der Kanalvorlage auf dieselbe Autorität geoffen haben, wurde der Antrag des Referenten abgelehnt und die Forderung in der Höhe der Regierungsvorlage bewilligt.

Bei der Forderung für den Bau einer Bahn von Angeln über Bismarck nach West wurde dagegen ein Antrag des Referenten auf Streichung der halben Summe (750000 Mark) angenommen.

Zu einer längeren Erörterung über elektrische Schnellbahnen legte eine Anfrage der Abg. v. Müller-Weinigen an den Minister Budde die Erklärung, daß die Angelnbahn vorübergehend Gegenstand einer Prüfung bei den Reichslandw. ist; jezt ist es man aber noch nicht über das Stadium „Außerster“ Berichte hinausgelangt.

Nachdem der Abg. Bayer die Frage des Eisenbahnfreies zwischen Bremen und dem Reichs-Eisenbahn einseitig, den süddeutschen Eisenbahnlinien andererseits angeht, und darauf die schon bekannte, nur nicht überall geteilte Erklärung des Ministers wieder einmal erhalten hatte, das Preußens Eisenbahn sich durchaus von solchen Konkurrenzmaßnahmen fernhalten, unterbreitete der nationalliberale Abg. v. Weizsäcker aus Bismarck der Kommission eine Resolution, nach der der Reichstag den Kaiser auffordern sollte, den Anlauf der Eisenbahn durch das Reich und ihre Angleichung an das System der einseitigen Fortschritts-Verhältnisse in die Wege zu leiten. Aus ordnungsmäßigem Gründen konnte die Resolution bei der zur Beratung stehenden Position nicht behandelt werden und Herr Weizsäcker wird seine Resolution beim Ort des Reichstagsantrags wieder einbringen.

Wahlprüfungskommission. Am Dienstag wurde in die Prüfung der Wahl des sozialdemokratischen Abg. Dr. Braun, Wahlkreis 1 (A. Frankfurt a. D.) eingetreten. Bei der Hauptwahl kamen drei Kandidaten in Betracht, Dr. Braun (Soz.), Reichel (L.), Gemeiner Regierungsrat Schwabach (natl.). Es erhielten in der Hauptwahl Stimmen: Braun 12817, Reichel 8208, Schwabach 7025; in der Stichwahl: Braun 14825, Reichel 14204. Gegen die Wahl wurde Protest erhoben von der Partei des Kandidaten Schwabach. Dem Protest war ein im Januar 1903 ausgegebenes von dem Regierungsvizepräsidenten u. Bismarck und einer Anzahl anderer Regierungsbeamten unterzeichnetes Flugblatt beilag und behauptet durch die Unterzeichnung des Flugblattes seitens der Regierungsbeamten sei eine große Beeinflussung der Wahl erfolgt worden, daß der im Flugblatt empfohlene Kandidat Reichel in die Stichwahl gelangt sei. Ohne diese Beeinflussung wäre jedoch Schwabach in die Stichwahl gekommen, und da in einer eventuellen Stichwahl zwischen Braun und Schwabach vielleicht mehr Wähler der Partei Reichels für Schwabach gestimmt haben würden, als Schwabach die Wähler Reichel gewählt haben, wäre Braun nicht gewählt worden.

Die Kommission ging zuerst auf diese Protestation ein. Von seiner Seite wurde bestritten, daß durch die Unterzeichnung des Antrufs für Reichel seitens der Regierungsbeamten eine unzulässige Beeinflussung der Wahl vorliege. Gegenwärtig wurde von sozialdemokratischer Seite eingewandt, ob für die Entscheidung über Gültigkeit oder Ungültigkeit einer Wahl der Zeitpunkt, in dem die Beeinflussung stattgefunden hat, in Betracht zu ziehen sei. Das betreffende Flugblatt sei im Januar verbreitet, also lange vor der Ausrichtung der Wahl erschienen. Von allen anderen Rednern wurde jedoch die Wirkung der Beeinflussung auch in jenem, der Wahlabschreibung monatlich jurisdiktorischen Zeitpunkt betont und angenommen. Darauf beantragte der Referent, im Plenum zu beantragen, die Wahl für ungültig zu erklären; der Korreferent stellte den Antrag auf Gültigkeitserklärung. Letzterer Antrag wurde mit allen gegen die drei sozialdemokratischen Stimmen abgelehnt; vor das Plenum kommt also der Antrag auf Ungültigkeitserklärung der Wahl des Abgeordneten Dr. Braun.

Gewerkschaftliches.

Kriminalland.

In den Fabriken prangt folgendes Plakat: Alle Beschäftigten und Streitigen zwischen den bisher beschäftigten und neuangeworbenen Arbeitern werden mit sofortiger

Entlassung bestraft.

Die Bezahlung der Rente an die vor dem 19. Januar angetretenen Arbeitswilligen erfolgt noch bis Ende dieser Woche.

Verband von Arbeitgebern der schiffsähnlichen Industrie zu Chemnitz.

Druckgruppe Kriminalland.

Umgeleitet wäre verlässlicher gewesen. Denn die braven Kämpfer und Kämpferinnen werden den Arbeitswilligen nicht die Ohre antun, ihnen gegenüber auch nur ein Wort zu verlieren!

Von den Ausgesperrten waren bis Montag nachmittag 4 Uhr 2830 Personen wieder eingeklinkt.

Gewerkschaftliches. In Form fand am Donnerstag Freitag und Samstag die Gewerkschaftsmesse für die Arbeitervereine statt. In der Gruppe Industrie wurden die Kandidaten der freien Gewerkschaften mit 2760 von sämtlichen abgegebenen Stimmen ohne Gegenkandidaten gewählt. In der Gruppe Handwerk wurden abgegeben 498 Stimmen; davon entfielen auf die Kandidaten der freien Gewerkschaften 387, auf die Kandidaten der christlichen Gewerkschaften und evangelischen Arbeitervereine ganze 104 Stimmen. Dieses Resultat ist für die „Christlichen“ ebenso fällig, wie das Resultat, das sie bei der Krankeisenbahn im Dezember erzielten. Verantwortlicher Redakteur Ernst Dammig in Halle.

Zentral-Kranken- u. Sterbe-Kasse d. Tischler und and. gewerb. Arbeiter.
 Ein Hamburg, Kohlfleite Zeil.
 Sonnabend den 30. Jan. abds. 8 1/2 Uhr
 in Steiners Restaurant, Weberstr. 12
Mitglieder- Versammlung.
 Tagesordnung: 1. Abrechnung
 pro 4. Quartal 1903. 2. Berichtendes.
 Die Ortsverwaltung.

Stadt-Theater in Halle a. S.
 Direktion: H. Richards.
 Donnerstag den 28. Januar 1904
 124. Ab. B. 2. V. Beamtentanz. gütlig.
Armide.
 Freitag: Der Strom.

Neues Theater
 Direktion: E. M. Mauthner
 Donnerstag den 28. Januar. Anf. 8 1/2.
Marienleben. Der Wüstergatte.
 Hinzute im Schnee.
 Freitag: Der Weihenfestler.

Sohleder-Ausschnitt,
 Mass- und Legerschäfte,
F. Noah, Lederhandlung,
 Halle a. S., Gr. Austraß. 7.

Masken-Stoffe

und sämtliche Zutaten
 in anerkannt grösster Auswahl und zu unerreicht billigen Preisen.
Masken-Sammet d. Meter v. 53 Pf. an.
Masken-Atlas d. Meter von 32 Pf. an.
Farlatan, sämtl. Farb. d. M. v. 20 Pf. an.
Lamé, sämtl. Farben d. Mtr. v. 8 Pf. an.
Strümpfe, sämtl. Farb. d. P. v. 12 Pf. an.
Lahnband d. Stück (10 Mtr.) v. 8 Pf. an.
Goldspitze das Meter von 15 Pf. an.
Kopf- u. Armschmuck St. v. 8 Pf. an.
Veilchen das Dutzend von 3 Pf. an.
Rosen das Stück von 3 Pf. an.

Geschäftshaus J. Lewin Halle a. S.
 Marktplatz 2/3.

Turn-V. Lieskau.
 Sonntag den 31. Jan.:
Maskenball
 Masken sind im Lokale z. hab.
 D. B.

Walhalla-Theater.
 Direktion: Richard Hubert.
Letzte Woche
 des glänzenden
Januar-Programms!

Apollo-Theater.
 Direktion: Gustav Poller.
 Am Niederplatz, nächste Nähe des
 Haupt-Bahnhofes.
 Letzte Woche des
 glänzenden Programms!
Dr. Angelos
 II. Serie: Lebende Reprodukt.
 berühm. Skulpturen u. Reliefs.
4 Schwestern Merkel
 akrobatische Kontortouffantinnen.

ROX
 Ventrikkonst mit leb. Tanden.
Mlle. Lucie in ihr geheimnis-
 voll. Kapellmeister.
O'Neill und Topp
 die brillant. urkomischen Exzentris
 nebst weiteren
5 Prachtnummern.

Kaiser-Panorama, Zeitz
 Braustraße 2/3.
 Vom 24. bis 30. Januar:
Hochwasser-Katastrophe
 und das Riesengebirge.

Gambrinnshallen.
 Lessingstr. 9. Lessingstr. 9.
 Einhaber: Gustav Fiedler.
 Sonnabend d. 30. Sonntag d. 31. Jan.
 u. Montag d. 1. Febr.
Gr. Karnevals-Fest.
 II. Hochzeit.
 Alle 3 Tage musikalische Unterhaltung.
 Warenfappen gratis.
 Hierzu ladet ergebenst ein D. G.

Hermann Wittigs Restaur.
 Körnerstraße 18.

Donnerstag den 28. Jan.
Grosses Schlachtfest.
 Abds. v. 7 Uhr an **Wurf-Ausschuss** auf
 2 Billards. Best. Unterhaltungsabend
 für Statistiker, da stets Gelegenheit.
Wurf u. Spitze auch auf d. Gange.
 Hierzu lad. freil. ein **Sermann Wittig.**

Jeden Donnerstag
 abend 7. frische
 hausgemachte
Wurst.
Emil Wüster
 Talamstraße 7, am Wobbenmarkt.
 (Wurfsuppe gratis.)
 Freitag **Schlachte-Fest.**
 Franz Heilmann, Zeitz, Wittelsstr. 6.
 Freitag **Schlachte-Fest.**
 H. Thölke, Zeitz, Schützenstraße.
 Freitag **Schlachte-Fest.**
 K. Kämpfe, Zeitz, Kaiser Wilhelmstr. 26.
 Freitag **Frühliche Wurst u. Bratwurst**
 F. Bernisch, Zeitz, Wittelsstr.

Donnerstag: **Schlachtfest**
 J. Hadrian, Zeitz, Schädstr. 10.

Mass-Anzüge.
 Durch vorteilhafte Einfäufe
 bin ich in der Lage, billiger
 wie jede Konkurrenz
Anzüge nach Maß
 von **22.50** Mark
 an
 zu liefern.
 Bekannte gute Verarbeitung
 und tadelloser Sitz wird garanti-
 ert. Es liegt also in jeder-
 manns Interesse, sich mein
 Stofflager anzusehen, was —
 ohne Kaufzwang — gern ge-
 statet wird.
G. Paul,
 Gr. Ulrichstr. 21, 1. Etz.,
 Zeitzeingang.

100 gebr. Fahrräder, wenn auch
 entwert, kauft sofort. Befehl.
 erb. Renner, Schülerschhof 1.

Sozialdemokrat. Verein Zipsendorf
 Sonntag den 31. Januar nachmittags 3 Uhr im Gasthof des Herrn
 Zieserth.
Vereins-Versammlung.
 Tagesordnung: Vortrag über Arbeiter-Versicherung.
 Referent: Genosse H. Lottler.
 Gäfte willkommen. Zahlreiches Erscheinen wünscht Der Vorstand.

Sangerhausen.
 Sonnabend den 30. Januar abends 8 1/2 Uhr in der Bierhalle
öffentl. Versammlung
 aller im Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe
 beschäftigten Personen, wie Kaufm., Subskente, Haus-
 diener, Siegel- und Mästerarbeiten.
 Tagesordnung: Vortrag: Wie können wir unsere Lage
 verbessern? Zahlreichem Besuch sieht entgegen Der Einberufer.

Allgemeiner Konsumverein zu Dölau.
 C. G. m. b. H.
 Sonntag den 7. Februar 1904 nachmittags 2 Uhr im Langroschens
 Lokale
ordentliche General-Versammlung.
 Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht pro 1903. Genehmigung
 der Bilanz. Verteilung des Ueberflusses. Entlastung des Vorstandes. 2. Neu-
 wahl der statutengemäß auscheidenden Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder.
 3. Antrag der Baukommission um Genehmigung für Ankauf eines Bauplatzes.
 4. Geschäftliches. Der Aufsichtsrat.
 G. Damm, Vorsitzender.

**Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tischler u. and.
 gewerb. Arbeiter. Verwaltungsstelle Siebichenstein.**
 Donnerstag den 28. Januar abends 8 1/2 Uhr in Emmers Restaurant
Mitglieder-Versammlung.
 Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal. 2. Berichtendes.
 Die Ortsverwaltung.

**Freie Hilfskasse der Maurer und Zimmerer zu Dypin
 und Umgegend. (G. S.)**
 Unser abgeändertes Statut ist mit dem 1. Januar in Kraft getreten.
 Danach betragen die Kassenbeiträge für die 1. Klasse monatlich 1.20 M.
 Der Vorstand.

Naturheilverein Priessnitz, Giebichenstein.
 Sonnabend den 30. Januar im großen Saale des „Burgtheaters“
Versammlung.
 Großer Vortrag vom Naturmenschen gutal nagel und seiner Frau
 maria nagel.
 Thema: 1. Wie ich Naturmenschen wurde. 2. Mein natürliches Leben.
 3. Meine Palästinareise. 4. Reiseerlebnisse der Frau maria nagel auf
 einer Fasttour von Wien nach Rom.
 Gäfte willkommen. Anfang 8 Uhr. Der Vorstand.

Siebichensteiner Familien-Club.
 Unser diesjähriger
Maskenball
 findet Sonntag den 7. Februar im „Burgtheater“ statt.
 Prämierung einzelner Masken.

„Vindenhof“ Halle-Kröllwitz.
 Sonntag den 7. Februar
großer öffentlicher Maskenball.
 Die zwei schönsten Damen- und zwei schönsten Herren-Masken
 erhalten wertvolle Geschenke.
 Anfang 8 1/2 Uhr. Hierzu ladet ergebenst ein Otto Katterlose.
 Zur Aufführung eines Stückenentwurfes werden 16 Damen
 gesucht. Erste Probe Donnerstag abends 8 Uhr im Lokal.

En gros. Karneval-Artikel:
Masken, Larven, Kopfbedeckungen, Scherzartikel.
 Billigste Bezugsquelle für **Wiederverkäufer.**
Gebr. Buttermilch Halle a. S., Landwehrstr. 9, Telefon 508.

En gros. Gummibälle, Märbel, Kreisel, Reifen
 u. sämtl. Frühjahrs-Artikel.
 Billigste Bezugsquelle für **Wiederverkäufer.**
Gebr. Buttermilch Halle a. S., Landwehrstr. 9, Telefon 508.

„O, welche Lust, Soldat zu sein!“
 Erstes aus den Ferienkolonien.
 Preis 25 Pf.
 Zu beziehen durch **Die Volksbuchhandlung,**
 Halle a. S., Geißestraße 21.

Achtung! Konkurrenzlos!
Hustenbougons:
 1 Pfund nur 40 Pf.
Althee, Honig, Bayrisch Malz, Zwiebel, Anis, Pfefferminzbruch,
 Franz Donner, Vindenhof 56, Talamstraße 2, Wuchererstr. 70.

200 Goldschuhe, 2 u. 3 Fäden, warm
 gefüttert, neue u. gebre. Halb- u.
 Langhufeisen, Schieleiten post-
 billig. Renner, Schülerschhof 1.
Achtung! Verf. fortgeht. Blüsch- u.
 Sulfidisch. dep. von 40 Mt. an, nehme
 auch alte Batterien in Zahl. Email-
 Reparaturen werden prompt u. billig
 ausgef. W. Tettendorff, Dadebornstr. 4, l.

Herzlichen Dank
 allen Freunden und Bekannten für die
 so überaus zahlreichen Kranzsenden.
Familie Max Kohlemann.

Halle-Berlin.															
	1-4	D1-3	D1-2	S1-3	1-4	D1-2	1-4	D1-2	S1-3	D1-2	S1-3	D1-2	S1-3	1-4	D1-2
Ab Halle	1222	—	446	619	500	658	708	858	—	1100	2107	245	397	448	588
„Sobenturm	1222	—	—	—	512	—	714	—	—	1118	288	—	—	—	—
„Vandöbera	1222	—	—	—	518	—	714	—	—	1121	288	—	—	—	—
„Bredna	1222	—	—	—	536	—	797	—	—	1128	242	—	—	—	—
„Nothig	1222	—	—	—	582	—	732	—	—	1134	249	—	—	—	—
„Witterfeld	127	419	511	—	548	794	748	985	901	1285	319	318	384	—	614
„Wittenberg	280	452	544	—	631	795	844	—	1005	140	481	—	498	—	625
an Berlin	520	610	790	815	900	988	1011	1119	1137	398	885	480	584	648	810

Berlin-Halle.															
	1-4	2-4	1-4	D1-2	D1-2	S1-3	S1-3	S1-3	1-4	D1-2	S1-3	S1-3	1-4	1-4	D1-2
Ab Berlin	1220	—	520	740	800	810	820	826	910	1080	1085	100	115	180	350
„Wittenberg	252	696	808	—	—	—	—	—	—	1201	298	348	584	630	717
„Witterfeld	350	687	910	921	—	—	—	—	—	1238	312	448	619	704	820
„Nothig	401	796	919	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
„Bredna	401	712	985	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
„Wittenberg	417	719	982	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
„Sobenturm	425	737	989	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
an Halle	437	788	990	—	987	1048	1081	1085	200	1289	106	340	529	330	721



Die Wählerlisten

für die Gemeinderats-Wahlen liegen vom 15. bis zum 30. Januar aus.

Genossen! Eichert Euch Euer Wahlrecht, indem Ihr Einsicht in die Liste nehmt.

Halle und Umgegend.

Halle, 27. Januar.

Leichenverbrennung und Rechtspflege.

Die Affäre Braunstein wird vom Verlöcher eines Eingekindt in einem hiesigen Blatte benutzt, gegen die Leichenverbrennung Front zu machen. Er sagt, der Fall Braunstein beweise, „wie große Bedenken im Interesse einer gebornen Rechtspflege der Leichenverbrennung entgegenstehen“. Und an anderer Stelle bezeichnet er die Leichenverbrennung als „ein geistliches Mittel, durch das gelegentlich ein Würder, wenn er nur Geldmittel genug hat, vielleicht die dem Gemederten abgenommenen Summen, heuquem das Hauptbestattungsmittel besitze schaffen kann“. Die anderweiten Ausführungen legen die dringende Vermutung nahe, daß das mit M. unterzeichnete Eingekindt von einem Barrer herrührt. Der ganze Gedankenkreis, in welchem sich der Eingekindt bewegt, richtet förmlich nach theologischer Auffassung und Beweisführung.

Eine unpassendere Gelegenheit, gegen die Leichenverbrennung zu opponieren, läßt sich schwer denken. Denn gerade der Fall Braunstein zeigt, daß trotz schon längst vollzogener Verbrennung einer Leiche der Mord den Tag kommen und der Würder zur Verantwortung gezogen werden kann. Wenn also der Fall Braunstein etwas beweise, so nur die Tatsache, daß der Einwand der Verbrennung-Gegner, durch die Leichenverbrennung die Aufdeckung von Morden unmöglich gemacht, nicht zutreffend ist. Da mit Einführung der Leichenverbrennung die obhuldigste Vermeidung durch Ärzte verbunden ist würde, wäre sogar die Leichenverbrennung ein Mittel, etwa begangenen Morden (oder er trüher er auf die Spur zu kommen, als bei dem gegenwärtigen Bestattungsmodus. Herr M. macht somit von dem Vorrechte aller patriotischen Beweisführung Gebrauch; er geht von falschen Voraussetzungen aus und gelangt zu falschen Schlussfolgerungen.

Das abgelehnt über, daß der Fall Braunstein eher die juristischen Bedenken gegen die Leichenverbrennung zerstreuen als sie verstärken könnte — was ist das für eine unreihe Manier, aus einem Missfalle heraus eine große Frage entscheidend zu verwickeln zu wollen. Nach der Logik des M. dürften seine Schiffe übers Meer fahren, denn viele Tausende Menschen sind dabei schon ertrunken; die Gletschertis dürfte nicht zu Strafe oder Bestrafungen benutzt werden, denn durch Aufschwüch ist schon großes Unglück entstanden; Streichhölzchen dürften keine Verwendung finden, denn Abtaufende von Säuren sind durch Spielerei mit solchen Gölzchen niedergebrennt. Oder um ein nahelegendes Beispiel zu wählen: Barrer dürften nie mit Knaben oder Mädchen allein gelassen werden, denn schon Hunderte von Geistlichen haben sich als Knaben oder Mädchenfänger erwiesen. Mit der Methode des M. könnte man also alles bekämpfen.

Daß die Barrer mit wenigen Ausnahmen Gegner der Feuerbestattung sind, ist erklärlich. Denn mit der Leichenverbrennung geht der Glaube an die Unsterblichkeit der Seele endgiltig flöten, und damit ist auch dem Würden von einem Wiederleben nach dem Tode und allem, was damit zusammenhängt, der Boden entzogen. Da nun die Kirche ihre ganze Tätigkeit darauf zu geschütten hat, den Glauben an jene Wundertaten im Volke zu erhalten, und die Barrer als recht überflüssige Wesen betrachtet würden, sobald in den breiten Massen eine wissenschaftliche Erkenntnis an Stelle des blinden Glaubens tritt, so ist es ein Stück ihrer Kriegstrategie, daß die Barrer veranlaßt, gegen die Feuerbestattung zu eifern. Wie weit sie sich dabei von jedem natürlichen Empfinden entfernen, zeigt folgender Satz des M.:

... Ich nicht die Verbrennung eine ganz außerordentlich umständliche, komplizierte, künstliche und komplizierte Veran-

haltung? Ist es nicht das einfache und natürlichste, den Leich der Erde und natürlichem Zerfall ohne viele und grobarte künstliche Mittel zu übergeben?

Unständlich und kompliziert ist die Leichenverbrennung nur im deswillen, weil ihr allerlei geistliche Demnisse in den Weg gelegt werden. Sollte jeder größere Ort seine Verbrennungsstätte, so würden sich in Kosten niedriger stellen als die eines Begräbnisses, wie denn in Paris die Verbrennung schon für einige Francs erfolgt und auch Einzelverbrennungen in Italien nur 72 Mk. kosten. „Stündlich und kompliziert“ ist die Feuerbestattung überhaupt nicht, oder doch nur für solche, welche die häßliche Verweigerung der Leiche im Grabe für „einfach und natürlich“ halten.

Auf die Dauer wird es der Kirche nicht gelingen, die Einführung der Leichenverbrennung zu verhindern. Das Eingekindt des M. lehrt nur, wie groß die Vorteile und der Unverstand noch sind, welche zur Zeit in gewissen Kreisen sich gegen die Verbrennung stemmen.

Der Mauer Schollbach

scholl nach Meldung der Dramenburger Zeitung ein Gefährdnis abgelegt haben. An den maßgebenden Stellen ist aber davon nichts bekannt. Dagegen wird berichtet, daß er bereits am Tage seiner Verurteilung sich vorführen ließ und die Erklärung abgab, er verzichte auf die Einlegung der Revision. Damit hängt auch zusammen, daß Schollbach bereits nach Verkauf verurteilt ist.

Wie dem auch sei, für uns steht fest, daß nach den Ergebnissen der Beweisnahme die Schuld Schollbachs keineswegs zweifellos erwiesen war, von diesem Standpunkte aus erklären wir, daß wir, wenn wir als Geschworene zu urteilen gehabt hätten, im verneinenden Sinne votiert haben würden. Die Geschworenen konnten nicht voraussehen, daß Schollbach auf die event. Revision verzichtet.

Gegen den Verleger der Saale-Zeitung

schreibt, zum 2. Male in der Veranlassung, ein interessanter Beleidigungsprozess. Der Berliner Schriftsteller J. Fränkel, welcher Verleger der Rechtskommission des Journalismus und Schriftstellervereins zu Berlin ist, hatte seinerzeit der Verleger Tageblatt eine Kammergerichts Entscheidung veröffentlicht, die das Vereinsrecht betraf. Wie das bei manchen Blättern üblich ist, druckte die Saale-Zeitung den Bericht ohne weiteres nach und setzte sich dadurch, wie viele in letzter Zeit ergangene Urteile von Gerichten, bis zum Reichsgericht hinauf, beweisen, im Gegenteil zum § 18 des neuen Urhebergesetzes, Fränkel, der infolge seiner Stellung im Journalismus und Schriftstellerverein über die Rechtsverhältnisse der Presse genauer informiert ist, verlangte vom Verleger der Saale-Zeitung das ihm von Rechts wegen zustehende Wochendruckhonorar von 10 Pf. pro Zeile. Man würdigte ihn zunächst gar keiner Antwort. Erst durch ein zweites Aufreiben gelang es ihm, einen Bescheid zu erhalten. Dies geschah ihm, obwohl Herr Schirmer der Verleger ist, unterschrieben: Otto Wendel, Verleger der Saale-Zg. Es enthielt folgende Stellen: „Daß wir Ihnen auf Ihre kleine Anforderung hin den Betrag ohne weiteres übermitteln sollen, können Sie trotz der Bagatelie, wie es sich handelt, doch nicht verlangen. Wenn wir uns überhaupt mit der Sache befassen, so geschieht es lediglich aus Prinzip, da wir auch wieder einen jener Fälle erblicken, der einer verächtlichen Ausbeutung, um nicht zu sagen Entpreisung, so ähnlich sieht wie ein Ei dem andern.“ Und das schrieb man einem Journalisten, der in den Kreisen seiner Berliner Kollegen und weit darüber hinaus eine geachtete Stellung einnimmt und in Wirklichkeit nur das Prinzip wahren wollte. Herr Fränkel verlangte „Herr Otto Wendel, den Verleger der Saale-Zeitung“, wie der Brief an unterzeichnet war, wegen Verletzung des Vereinsrechts, der Rechtsanwalt Dr. Fränkel, vertrat ihn. Es stellte sich schließlich heraus, daß Otto Wendel gar nicht mehr existiere, sondern Firmeninhaber Moritz Schirmer sei und daß dieser jenen Brief geschrieben habe. Das Schöffengericht in Berlin, bei dem Herr Schirmer die Widerlage erforderte, stellte nach drei Terminen das Verfahren ein. Begründung wurde ausgeführt: Der Angeklagte Schirmer habe allerdings durch sein Verhalten den Kläger in den Glauben gebracht, daß Otto Wendel eine physische Person sei und daß es sich nicht nur um die Bezeichnung einer Firma handele. Trotzdem könne aber die von Fränkel gegen die Firma „Otto Wendel“ angelegte Klage nicht für zulässig erachtet werden, denn eine Firma könne nicht beleidigen und

ling mehr, seine Einzige und die Fremdlinge, sowie einige kleinere Werte haben ihm die hiesigen Bühnen — und nicht nur diese — geöffnet, wenn er auch hienieden Erfolg nicht zu erreichen vermochte. Der vorliegende tragische Charakter weist erhebliche Fortschritte auf und die Charaktere sind vertieft, die Komposition geistvoller. Regard weiß uns jetzt keine handelnden Personen näher zu bringen. Allerdings bemerkt die Zeichnung mancher Figur, daß Regard doch noch nicht völlig in das Seelenleben einzelner Personen, die er auf die Bühne stellt, eingedrungen ist. Man glaubt es ihm nicht, daß das 19jährige Töchterchen von Frau Wilma, das die Mutter und die enge Hauskinder in den Mittelpunkt seines Gedankenlebens stellt, ohne Wissen der Mutter sich verbirgt und in der entscheidenden Szene die Folgen davon empfindet. Aber seine Liebe entscheidet sich nicht. Das steht im Widerspruch mit dem halben Kinde, das Regard sein soll und in Wirklichkeit auch ist. Daß der Sohn Wilms nicht im geringsten in die Handlung eingreift, daß er nicht einmal auf die Bühne kommt, könnte ebenso als ein Mangel an einer geschlossenen Handlung betrachtet werden, zumal es im allgemeinen heutzutage verwendet wird, daß der Vater noch wie zu Großvaters Zeiten für den Sohn auf die Verantwortung geht. Anders soll angesehen werden, daß Herr Regard die Theatertechnik beherrschend lernt und auch, wie schon bemerkt, an der Vertiefung seiner Charaktere arbeitet. Allerdings nicht man sich verwechseln den Titel Manuskript zu erklären. Der Verfasser wurde am Schluß des Schauspiels mehrere Male vor die Kampe gerufen. Frau Direktor Mathis er als Frau Wilma machte sich um das Stück besonders verdient. Genuß gebührt Jrl. X. d. d. als Schauspieler, Jrl. W. d. e. n. u. als Bühnenkritiker und Herr W. d. e. n. u. als Regard für ihre vortrefflichen Leistungen alle Anerkennung.

Alsdann zeigte Olga Wolbrück mit dem Vortrage der lebenden Dichtungen ein. Den Schluß des Abends bildete der tolle Schwanzer von Wackerpeter, von dem Hofe aus dem Publikum hervorgehoben, in welchem sich besonders Herr Zedler als Protagonist auszeichnen wert ausgezeichnete, während uns Jrl. W. d. e. n. u. als Frau vieles vortrefflich blieb.

auch nicht Widerlage erheben. Somit sei das Verfahren einzustellen. — Das Landgericht gab jedoch der hiergegen eingeleiteten Berufung Fränkels statt, hob das Urteil auf und verurteilte die Sache an das Schöffengericht zurück, indem es unter anderem ausführt: Die Entlassung des Verfahrens sei verfehlt. Der Strafantrag ist rechtzeitig gestellt und, nachdem sich Schirmer als der Täter erwiesen habe, sei er als gegen diesen gerichtet zu betrachten. Die Schwere der Beleidigung sei noch deutlicher zu Tage getreten, nachdem das Reichsgericht am 20. April 1903 entschieden habe, daß Ausarbeitungen gerichtlicher Entscheidungen, die betreffenden Inhalt hätten, überhaupt nicht und andere Gerichtsberichte nur mit ganz deutlicher Quellenangabe nachgedruckt werden dürften. — Das Schöffengericht beurteilte denn Herrn Schirmer wegen Beleidigung des Herrn Fränkel auf einer Geldstrafe von 30 Mk. eventuell 6 Tagen Gefängnis. Da gegen dieses Urteil Berufung eingelegt ist, wird sich das Landgericht abermals mit dem eigenartigen Falle beschäftigen müssen. Das Nachdruckhonorar besitzt Fränkel schon längst.

* Zur Giftmordaffäre des Dr. Braunstein meldet ein Telegramm aus München: Bezüglich der Verbrennung der Leiche verlautet noch, daß Dr. Braunstein auf seine Eingabe am Todestage der Gattin von der Regierung in Lugano die Erlaubnis erhielt, die Leiche in München begraben zu lassen. Die Bewilligung ist aber nur zu diesem Zwecke erteilt und verlangt worden. In Zürich gelang es jedoch dem Dr. Braunstein auf Grund des ausgefallenen Leichenopfers, die Einäscherung der Toten im dortigen Krematorium zu erlangen. Dieser Umstand belastet den Beschuldigten ganz besonders. Seine Auslieferung durch die italienischen Behörden wird in der nächsten Zeit erfolgen.

Die Mittelschule in der Friedenstraße, die durch den Konflikt der Stadtverordnetenmehrheit mit dem Magistrat in der Denkmalsfrage näher bekannt geworden ist, wurde am Montag unter den üblichen Feierlichkeiten offiziell übergeben.

* Finanz-Kommission. Sitzung am Donnerstag, den 28. Januar 1904, nachmittags 5 Uhr in der Kommissionsstube. Tagesordnung: Von dem Haushaltsplan für 1904. 1. Kap. V. Kapital- und Schuldenverwaltung. 2. Kap. VI. Allgemeine Verwaltung. 3. Kap. VII. Polizei-Verwaltung. 4. Kap. XI. Armenwesen. 5. Kap. XII. Feuerlöschwesen. 6. Haushaltsplan der Volksschule für 1904. 7. Haushaltsplan der städtischen Wasserwerke für 1904. 8. Haushaltsplan der städtischen Desinfektionsanstalt für 1904. 9. Haushaltsplan der Stadtkasse für 1904. 10. Haushaltsplan der Wasserwerke für 1904. 11. Antrag auf Mittelbewilligung zur Verbesserung der Fahrplan der Kröllwitzer Brücke. 12. Antrag auf Abänderung der Luftfahrts-Steuerordnung. 13. Antrag auf Nachbewilligung für den Schlachthof pro 1903. 14. Antrag auf Nachbewilligung für den Schlachthof pro 1903. 15. Antrag auf Nachbewilligung der Verrechnung der Gebühren für die Anmietung eines besagten Transportwagens. 16. Sonstige Eingänge.

* Erhängt hat sich am Montag nachmittag im Arresthause der Kröllwitzer Popertstraße der Arbeiter August Galm aus Lettin.

Wegen vorläufiger falscher Meldung auf dem Schiffe nach Halle wurden in erster Instanz der Gefreite Gadowitz 4 Wochen, drei Füllräuber je 3 Wochen strengem Arrest verurteilt. Von den Verurteilten hat nur der Füllräuber Gustav Wagemann von der 9. Kompanie des Infanterie-Regiments Nr. 30 Berufung eingelegt. Es gibt darin an, er hätte auf der Verabredung der Mitangeklagten nicht teilgenommen hätte er von den falschen Meldungen etwas bemerkt, hätte er auch Meldung gemacht. Die Jüngeranträge ergeben, daß mit positiver Bestimmtheit eine Mittäterschaft nicht nachweislich ist. Der Offizialverteidiger, Oberleutnant Boden, beantragte Freisprechung, der Vertreter der Anklage wegen Beihilfe 3 Wochen Gefängnis. Das Obertribunal hat in Magdeburg am Montag der Berufung des Angeklagten statt und sprach denselben unter Aufhebung des erstinstanzlichen Urteils von Strafe und Kosten frei.

* Aus dem Bureau des Stadt-Theaters. Die Premiere von Paltes Strom, welche durch die neuerliche Erkrankung des Schauspielers aus neue geführte war, ist nun doch bestimmt für Freitag festgelegt. Die Hauptrollen in der hiesigen Aufführung haben die Herren Alving und Götz, Jrl. Gildas und Jrl. Rosen und Fr. Feins. — Morgen, Donnerstag, ist die fünfte Aufführung von Armbö.

* Aus dem Bureau des Neuen Theaters. Donnerstag findet im Neuen Theater ein Winter Abend zu gewöhnlichen Preisen statt, an welchem Herr Regard einseitig Schauspieler Marienfelden, hierauf der Charakter der Muttergatte von Adolf Nothe und um Schluß Gustav Klittders tolle Komödie Minette im Schmeck zur Aufführung kommen. Am Freitag, dem 29. Januar, findet die erste Aufführung der Komödie „Denkmal-Komites“ folgend, eine Vorstellung zum Besten des Denkmal-Festens, in welcher des Multiplikators Weidenfeller zur Aufführung kommt. Die nächste Volksvorstellung am 30. Januar, nachmittags 4 Uhr hat und hat die Direktion beschlossen, da auch die zweite Mittwoch-Aufführung von Sudermanns Jannobisfeier vor ausverkauften Hause stattfand, auch in dieser Jannobisfeier zur Aufführung zu bringen. Willens hierzu sind bereits jetzt zu haben.

* Aus dem Bureau des Apollo-Theaters. Der gegenwärtige Spielplan erzielt allenthalben hüben die besten Erfolge. Es sind es Dr. Angelos lebende Reproduktionen berühmter Skulpturen, die das Genüßen aller Besucher hervorruft. Auch das übrige Programm legt sich um großen Attraktionen zusammen, wie der brillante Ventrioloquist Henry Fox mit seinen Tumben, Weiß und Loro, die brillantesten Charaktere, Schauspieler Werk etc. Es ist daraus außerordentlich gemacht, daß dieses Programm nur noch wenige Abende umfaßt, verläumie niemand, sich daselbst anzusehen.

Aus den Nachbarkreisen.

Landberg. Verworfen wurde vom Reichsgericht die Revision des Formerleichts Robert Vornheim in Landberg, der vom Landgericht Halle am 2. August d. J. wegen erheblicher Körperverletzung zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt worden ist.

Torgau. Wir haben's ja — für den Rennsport. Ein neuer Boden für den Rennfall des Haupt-Gehütes Grady wird im Etat der preussischen Gesundheitsverwaltung angeblieben. Es ist für diesen Boden, wie die Sport-Welt schreibt, ein Gehalt von 10 000 Mk. angelegt.

Für dasselbe Geld müssen dem preussischen Staat 10—12 Mann ihrer Dienste leisten. Reduziert werden diese auf den Mann, der durch die Arbeit nicht die Jugend zu erziehen braucht, dafür aber alle Güte zurecht, zur höheren Ehre preussischer Kultur.

Kleines Feuilleton.

Neues Theater.

Der geliebte Wunde Abend, an welchem Olga Wolbrück ihr letztes Schauspiel abspiel, brachte uns auch die Premiere des Max Regard's Schauspiels: Marienfelden. Der Inhalt ist kurz folgender: Frau Wilma verw. Magnus lebt mit ihrer einzigen Tochter Gertrud zurückgezogen von aller Welt und widmet sich nur der Erziehung ihrer Tochter, die sie vor allem Pflichten und Ansehen, was das Leben draußen mit sich bringt, mit sich bringt, wachenden hat. In dieser einsidigen Familienidylle schneit plötzlich Hoff Regard, der einmältige Geliebte von Frau Wilma, hinein, welcher die jenseitige Angebetete verlassen, weil sie keinem Ruhm und Glanz im Wege stand, das er nur zu finden glaubte, wenn er sich eine reiche Frau nahm. Er hat einen Sohn und eine Tochter. Die Tochter ist die Hand der Tochter für diesen, da sich die jungen Leute kennen und lieben gelernt haben, ohne natürlich eine Abnung von dem früheren Verhältnis Wilmas und Regard zu haben. Frau Wilma ist über diesen Antrag entsetzt, läßt ihrem einmältigen Verehrer vor, daß er ihr Leben verunruhen und sie einem ungeliebten Mann überliefern habe. Sie läßt es für unmöglich, daß die Tochter ohne die Wissen sich einen jungen Mann anvertraut und glaubt, daß diese das Verhältnis lösen würde, wenn sie Kenntnis von der Handlungsweise des Vaters ihres Kees. So hielt ihr Verlobter — beklame. Sie befragt Gertrud in Anwesenheit Hoff Regard, aber ohne daß die Tochter von dieser Anwesenheit etwas weiß, ob sie Regard noch anheben mollen, wenn sie erfahre, wie der Vater deselben an Gertruds Mutter gehandelt habe. Das Mädchen entscheidet sich, nachdem ihr die Mutter die Geschichte ihrer Liebe zu Hoff Regard mitgeteilt, für letzteren gegen die Tochter. Die Mutter hört auf ihre Weigerung, bis sie Hoff Regard, der inzwischen mit Gertrud befreundet gemacht wurde, um das Schicksal der Kinder willen dringend darum bittet, dem Götze dieser nicht im Wege zu sein. Endlich läßt sich Frau Wilma umstimmen, und mit dem Auspruch überlebens: Nur um der Kinder willen schließt das einstige Schauspiel.

Unser Mitbürger ist dem hiesigen Theaterpublikum kein Neu-

